

„Verdeckte Steuererhöhung für Familien“

Familienbund kritisiert Koalitionsbeschluss zu Kindergeld und Kinderfreibetrag

Die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken, Elisabeth Bußmann, hat die Einigung des Koalitionsausschusses vom Sonntag zur Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages scharf kritisiert. „Dieser Beschluss kommt einer verdeckten Steuererhöhung für Familien gleich. Die geplanten Erhöhungen sind viel zu gering, um die Preissteigerungen der vergangenen Jahre auszugleichen. Damit verweigert die Regierung Eltern in Teilen ihr vom Bundesverfassungsgericht zuerkanntes Recht, auf die Lebenshaltungskosten ihrer Kinder keine Steuern zahlen zu müssen“, sagte Elisabeth Bußmann heute in Berlin.

Eltern müssen heute nach Berechnungen des Familienbundes für den Mindestlebensunterhalt ihrer Kinder rund 20 Prozent mehr bezahlen als im Jahr 2002, als Kindergeld und Kinderfreibetrag zuletzt erhöht worden waren. Der Familienbund hatte deshalb gefordert, den Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 um rund 1000 Euro auf 6829 Euro anzuheben und das Kindergeld um 28 Euro für das erste bis dritte und 32 Euro für jedes weitere Kind zu erhöhen. Langfristig setzt sich der größte deutsche Familienverband für einen einheitlichen Steuerfreibetrag von Erwachsenen und Kindern in Höhe 8000 Euro und ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro ein.

*Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands.
Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.*



Reinhardtstr. 13 – 10117 Berlin
Tel: (030) 326 756-0 · Fax: (030) 326 756-20
Email: info@familienbund.org, Internet: www.familienbund.org

V.i.S.d.P.: Claudia Hagen, Pressereferentin